

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Programm: Tagesblatt Riesa.
Gemeindef. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 1530
Postfach Riesa Nr. 12.

Nr. 177.

Dienstag, 1. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Dringelohn. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Gedächtnis an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Gaspreiserhöhung.

Anfolge der erneut eingetretenen außerordentlichen Erhöhung der Kohlenpreise und der Arbeitslöhne usw. haben wir und genötigt gesehen, unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1922, auf Grund von § 8 der Gasbezugsordnung für das städtische Gaswerk in Riesa in der Fassung des 4. Nachtrags vom 31. 12. 1919 folgendes zu bestimmen: Vom 1. Juli 1922 ab wird der Bezugspreis für 1 cbm Gas (durch Gasmesser bezogen) auf 9.— M. für Automaten gas auf 9.30 M. erhöht.
Die neuen Preise gelten ohne weiteres für alle Gasabnehmer, die nicht beim Eintritt der Preisänderung den Gasverbrauch einstellen und dies vorher behufs Abiperrung der Privatgasleitung der Gaswerksverwaltung schriftlich angezeigt haben.
Der Rat der Stadt Riesa, am 31. Juli 1922.

Bekanntmachung des Rates der Stadt Riesa.

Zum Schutz der allgemeinen Ernährungswirtschaft und zwecks Einschränkung der überhandnehmenden Felddiebstähle wird bekanntgegeben, daß strenge Verstrafung bis zu 600 M. oder Haft bis zu 14 Tagen schon derjenige vom unterzeichneten Rat zu erwarten hat, der unbefugt Gärten oder vor beendeter Ernte bestellte Aecker oder Wiesen, Weiden oder Schomngen betritt, gleichviel ob sie mit Einkriegelung versehen sind und ob ihn Betreten durch Warnungstafeln ausdrücklich unterlagt ist oder nicht.
Der Rat der Stadt Riesa, den 31. Juli 1922.

Die deutsche Antwort an Frankreich.

Nach den Berliner Morgenblättern hat das Reichskabinett gestern den Wortlaut der Antwortnote an Frankreich festgelegt. Die Note wird heute dem französischen Ministerpräsidenten überreicht und dann veröffentlicht werden. Die Reichsregierung nimmt in ihrem Antwortschreiben eine positive ablehnende Stellung ein, sondern erklärt vor allem, daß nach ihrer Auffassung die Frage der Ausgleichsverhandlungen von den in Betracht kommenden Regierungen gemeinsam geregelt werden müsse und die Reparationsfrage losgelöst von der Behandlung der Ausgleichsverhandlungen nicht getrennt werden könne.

Im Zusammenhang mit der ablehnenden Antwort der französischen Regierung auf das Gesuch Deutschlands, die aus dem Clearingverfahren erwachsenen Kosten herabzusetzen, heißt die „Vorwärts“ fest, daß der Gesamtbedarf Deutschlands an Goldbeispielen auch ohne Reparationsleistungen, ohne Besatzungskosten und die Kosten für das Ausgleichsverfahren die Einnahmen Deutschlands an Goldbeispielen übersteigt. Allein durch die Gestaltung der Handelsbilanz ist die Zahlungsbilanz heute mit mehr als einer Milliarde Goldmark passiv.

Die englische Antwort auf die Note vom 14. Juli.

Aus Berlin wird gemeldet: Die am 31. Juli eingegangene an den deutschen Botschafter in London gerichtete Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note vom 14. Juli wegen Zahlungen im Ausgleichsverfahren ist datiert vom 26. Juli und lautet wie folgt: Ich bedauere mich, den Empfang der Note Eurer Exzellenz Nr. A 1454 vom 14. Juli zu bestätigen, welche sich auf die Zahlungen bezieht, zu denen Deutschland gegenüber den alliierten Ausgleichskräften und nach Abschnitt IV des Teiles X aus dem Vertrag von Versailles verpflichtet ist. Die Regierung Ihrer Majestät nimmt an, daß eine gleiche Note an die anderen beteiligten Regierungen gerichtet worden ist und beabsichtigt, die in Ihrer Note aufgeworfenen Fragen baldigst mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit den anderen alliierten Mächten der Deutschen Regierung eine Antwort zu erteilen.

Die Antwort der belgischen Regierung ist ebenfalls eingegangen. Sie hat folgenden Wortlaut: Die belgische Regierung wird sich über den Antrag auf Herabsetzung der zu zahlenden Entschädigungssumme sowie über den Antrag auf Ermäßigung des Moratoriums äußern. Sie bestätigt schon jetzt ihren Willen, den Reparationszahlungen gemäß dem Vertrag das Vortrecht vor allen übrigen Lasten des Reiches zu geben.

Der Bericht des Garantiekomitees.

Dieses meldet offiziell, daß im Gegensatz zu den Blättermeldungen der letzten Tage das Garantiekomitee den Wortlaut seines Berichts über die deutsche Finanzlage und zweckmäßige Abhilfemaßnahmen noch nicht endgültig festgelegt hat. Das ziemlich umfangreiche Schriftstück werde also frühestens am Dienstag der Reparationskommission übergeben werden. Der „Temps“ behauptet, daß der Bericht des Garantiekomitees keinen Plan zur Sanierung der deutschen Finanzen enthalten werde. Er solle lediglich die bereits veröffentlichten Texte und besonders das Memorandum erläutern.

Die Londoner Konferenz.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Am Sonnabend hatte der französische Botschafter in London eine längere Unterredung mit Lord Balfour, dem er in der Form, die der Verbalnote entspricht, die Antwort Poincarés auf die britische Mitteilung bezüglich der nächsten interalliierten Zusammenkunft übermittelte. Der Botschafter deutete an, daß eine französisch-englische Besprechung vor dem 15. August als eine dringende Notwendigkeit angesehen werde, damit die Reparationskommission am 15. August in der Lage sei, auf das deutsche Gesuchen um ein Moratorium zu antworten und entweder das Gesuchen abzulehnen oder die Einzelheiten bezüglich der Dauer des Moratoriums und dessen Bedingungen festzusetzen. Poincaré behaupte die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die sich aus der italienischen Ministerkrise ergeben haben. Er habe jedoch nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß eine Lösung erreicht werde. Jedenfalls dulden die oben erwähnten Angelegenheiten keinen Aufschub. Poincaré würde es sehr begrüßen, wenn ein belgischer Vertreter und vielleicht der italienische Botschafter in London von Großbritannien eingeladen werden könnten, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. In allererster Linie aber schiene ihm ein Meinungsaustrausch zwischen Lloyd George und ihm selbst erforderlich zu sein. Der Korrespondent fügte hinzu, die englische Antwort auf den Schreift des französischen Botschafters erfolge wahrscheinlich Montag oder heute Dienstag. Auf französischer Seite hoffe man, daß das Datum für die nächste Woche vereinbart wird.

Neuer erzählt, daß Lloyd George Poincaré eingeladen habe, sich mit ihm am 7. August in London zu treffen. Lloyd George schlage vor, die Beratungen auf die Reparationsfrage zu beschränken. Es heißt, daß auch Italien und Belgien eingeladen werden sollen, Vertreter zu entsenden.

„Der Nouvelle“ schreibt, wenn die dem Blatte zugegangenen Informationen richtig seien, beabsichtigt der französische Ministerpräsident, dem Rate der Alliierten eine Finanzierung vorzuschlagen. Aber wenn man sich seiner Ansicht nicht anschließen oder wenn Deutschland ihm ein Non Possimus entgegensetze, sei er entschlossen, in kürzester Frist zu Sanktionen, selbst zu militärischen Überzügen. Poincaré wurde sehr beeinflusst durch Gerüchte, die ihm aus gewissen parlamentarischen Kreisen zugehört wurden. Er wolle um jeden Preis etwas tun. Wenn er mit dem positiven Teile seines Planes unterliege, glaube er, daß ihm nichts übrig bleibe, als eine harte Karte auszuspielen.

Vanderlip über seine Europafahrt.

Frank Vanderlip sandte, wie den Berliner Blättern aus München berichtet wird, zum Abschluß seiner Europafahrt einen ausführlichen Kabelbericht über seine Eindrücke an 19 der größten Zeitungen der Vereinigten Staaten. Es sei daraus Folgendes wiedergegeben: Ein Weltfrieden würde in Paris geschlossen. Dieser Friede entbehrt jedes Atoms von Gerechtigkeit und jeder Hoffnung auf Brüderlichkeit, von der Wilson träumte. Warum stellt England nicht ein Programm für den Wiederaufbau Europas auf und drückt es dann durch? Was ist für den wahren Grund der Halb- lähmung des britischen Nationalgeistes halte, das gab mir den größten Schlag von allem, was ich in Europa kennen lernte, nämlich Buldoggenland hat Angst vor 2700 französischen Flugzeugen. Buldoggenland hat 800000 verschiedene Gründe für seine Furcht vor der französischen Seemacht.

Die bayerische Frage.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt, daß der Montag keinerlei Entscheidung brachte. Der bayerische Ministerrat tagte wohl am Vormittag. Er befaßte sich aber nicht mit Vorschlägen, die die bayerische Regierung nunmehr als Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten zu geben hätte. Wie man hört, wird Ministerpräsident Graf Verdenfeld am Donnerstag dem Kabinett seine Vorschläge unterbreiten. Vom Ausgang dieser Beratungen im Ministerrat wird es abhängen, wann der Ministerpräsident in Unterhandlungen mit den Parteien über die Abfassung der Antwort eintreten wird.

Der bairische Staatspräsident Dr. Dummel, der gestern in München eintraf, hatte eine längere Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verdenfeld. Wie die Korrespondenz Hoffmann amtlich meldet, handelt es sich um einen privaten Besuch, der schon vor längerer Zeit angefündigt war und in keinem Zusammenhang mit der Ministerpräsidentenzusammenkunft in Weichsel steht. Staatspräsident Dr. Dummel wird die Gewerbeschau in München besichtigen und sich zu privaten Zwecken auch nach dem bayerischen Oberland begeben.

Die „Münchener Zeitung“ schreibt, daß die Frage der Erweiterung der Regierungskoalition in Bayern durch den Eintritt der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei neuerdings in ein akutes Stadium zu treten scheint. Anzeichen seien dafür vorhanden, daß man sowohl bei der Mittelpartei, als auch bei der Bayerischen Volkspartei, wenigstens bei einem Teil der maßgebenden Kreise auf eine baldige Lösung dieser Frage Wert lege.

Sachsen und Bayern.

Im „Dresden. Anz.“ lesen wir: Eine hiesige Korrespondenz verbreitet unter ausdrücklicher Bezugnahme auf eine unterrichtete Seite als Quelle über die Rückwirkung des bayerischen Streikfalles auf Sachsen und andere deutsche Länder folgende Ausführungen:

„Die sächsische Regierung hat sich bisher mit der durch Bayerns Vorgehen geschaffenen Reichskrise noch nicht befaßt und wird hoffentlich infolge rechtzeitigen Nachgebens in München dazu auch keine Veranlassung mehr haben. Jedenfalls wird das Vorgehen Bayerns in Dresden inner- und außerhalb der Regierungskreise einstimmig verurteilt. Es besteht völlige Übereinstimmung darüber, daß es sich hier um einen Präzedenzfall handelt, bei dem es nur eine klare Entscheidung zugunsten des Reiches geben darf. Sollte wider Erwarten dem Reich nicht sein Recht werden, dann darf man sich außerhalb Sachsens — in Berlin so wenig wie in München — wundern, daß die Hemmungen, die bisher der sächsischen Regierung auferlegt waren, schwächer werden und vielleicht ganz fortfallen. Das aber würde nichts anderes bedeuten, als den Widerstand der sozialistisch regierten Staaten Mitteldeutschlands gegen das

Reich in grundsätzlichen Fragen härten und fördern. Wiederholt sind die Regierungen dieser Länder in solchen Fragen unterlegen und haben sich dessen bedienen, ohne den verhängnisvollen bayerischen Weg zu beschreiten.“

Der neue Markkurs.

In der großen Entwertungskrise haben wir mitten drin. Die Mark kurz und kurz, die Unruhe wird täglich stärker und die Spannung zwischen Stunden ist so stark, daß der Devisenverkehr einem Glücksspiel ähnlich sieht. Die Gründe — man hat es schon lange aufgeben müssen, bestimmte Gründe für die Kursbewegung zu suchen. Wenn man glaubt, die französische Drohnote sei an der neuen Markverflechtung schuld, so mühte entsprechend die Mark wieder steigen, sobald die erste Erregung vorüber ist, einmal England, Belgien und Italien den französischen Standpunkt nicht zu dem ihren machen. Aber es ist nicht die einzelne Entscheidung, sondern die Gesamtpolitik der Entente, in der noch immer Poincaré die ausschlaggebende Rolle spielt und die Entscheidungen sich versögern und nirgend eine Möglichkeit der rechtzeitigen Rückkehr zu einer vernünftigen Politik zu ersehen ist, darum verschlechtern sich die Verhältnisse in Deutschland, wird der Markkurs kopflos hinuntergedrückt, daher ist es auch unendlich, der wirtschaftlichen Vorkensbewertung irgend etwas entgegenzusetzen. Man spricht heute von Regierunagsmaßnahmen in Deutschland. Wir glauben kaum, daß die Regierung in der Lage ist, auch nur den innerdeutschen Devisenhandel zu beeinflussen. Verbote würden gar nichts nützen und nicht durchzuführen sein. Vorkensbeschränkungen vergrößern nur die Unsicherheit und — wenn etwas Weltweites von deutscher Regierunagsseite geschehen könnte — sie ist schon seit jeher so intensiv bemüht gewesen, den Markkurs zu stützen, so wäre es sicher geschehen. Seit Ende Mai, wo der Dollar auf 309 Mark stand, ist die Entwertung so erschreckend geschwind fortgeschritten, daß heute jeder Tag die Größe einer neuen Verflechtung bedeutet. Am 1. Januar ds. J. stand der Dollar noch unter zweihundert, jetzt vor einem Jahre auf 309, 67, also in einem Jahre etwas über achthundert Prozent gestiegen. In dieser Entwicklung kann es nicht mehr lange dauern, bis die Mark überhaupt nicht mehr notiert wird. Deutschland gleitet mit furchtbarer Geschwindigkeit in ökonomische Zustände hinein. Der französische Frank, in dem es heute schon kräftig wie bei uns vor etwa zwei Jahren, muß in absehbarer Zeit den gleichen Weg folgen, wenn die Zustände nicht grundlegend gestiftet werden.

Die Bedrohung Konstantinopels durch die Griechen.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, am 29. v. Mts. habe der englische diplomatische Vertreter in Athen die griechische Note empfangen, die sich auf eine Besetzung Konstantinopels durch griechische Truppen bezieht. Am gleichen Tage habe der britische Vertreter in Athen entsprechend den aus London eingegangenen Instruktionen die griechische Regierung vor den ersten Folgen gewarnt, die ein derartiger Schritt nach sich ziehen würde. Der griechische Minister des Auswärtigen habe darauf die bestimmte Versicherung abgegeben, daß die griechischen Streitkräfte keineswegs ohne die Erlaubnis der Alliierten in die neutrale Zone einzürücken würden. Auf eine Anfrage, ob Aussicht dafür bestehe, daß alle Signatarmächte des Vertrages von Sevres baldmöglichst zu einer Konferenz zusammensetzen würden, erwiderte Lloyd George, eine derartige Konferenz sei augenblicklich nicht in Aussicht genommen. Dagegen sei eine Zusammenkunft der interessierten alliierten Hauptmächte mit den Regierungen von Athen, Konstantinopel und Angora in Aussicht genommen.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Minister des Auswärtigen dem Oberkommissar eine Note überreicht, die genaue Mitteilungen über die griechischen Truppenzusammenschlüsse an der thrakischen Grenze enthält. In der Note wird die Hoffnung ausgedrückt, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um eine etwaige Besetzung der Neutralität Konstantinopels, die durch die Großmächte proklamiert worden sei, zu verhindern.

„Daily Chronicle“ schreibt: Selbstverständlich können die Alliierten die Besetzung Konstantinopels durch die Griechen nicht dulden. Indessen müße man Verständnis für ihre Verbitterung haben. Die Griechen hätten die Friedensvorschläge der Alliierten angenommen, die Alliierten nicht. Die Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten bedeutet zweifellos eine indirekte Unterdrückung der Türken. Ferner hätten die Alliierten den Türken dadurch geholfen, daß sie die Friedensverhandlungen nicht genügend förderten, aber die Wiederaufnahme des Krieges durch sie gebildet werden. Es sei daher notwendig, daß die Alliierten gemeinsam energischer Maßnahmen ergreifen, um die Lage zwischen den kämpfenden Parteien ins Gleichgewicht zu bringen und den Frieden wiederherzustellen. — „Daily Telegraph“ erwähnt die Griechen zur Geduld und